

Nr. 10	Beschluß vom 10. März 1970 (2 BvQ 1/70). Verwaltungsrechtsweg für Antrag auf Erstattung der Wahlkampfkosten (ADF)	97
Nr. 11	Beschluß vom 18. März 1970 (1 BvR 498/66). Begründung einer Verfassungsbeschwerde durch Verweisung auf beigefügte Revisionschrift; ruhende Angestelltenversicherungsrente eines in der DDR zu Unrecht festgehaltenen Rentenberechtigten	104
Nr. 12	Beschluß vom 18. März 1970 (2 BvO 1/65). Normenqualifizierungsverfahren; das Recht der Spielbanken gilt als Recht zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht als Bundesrecht fort (Verwendung des Troncaufkommens); Recht im Sinn von Art. 126 GG und von § 86 Abs. 2 BVerfGG sind auch Rechtsverordnungen	119
Nr. 13	Beschluß vom 14. April 1970 (1 BvR 33/68). Verfassungsbeschwerde gegen freisprechendes Urteil	151
Nr. 14	Beschluß vom 14. April 1970 (2 BvL 23/64). Ausschluß des Versorgungsanspruchs für frühere Angehörige des Reichsarbeitsdienstes, die vor dem 9. Mai 1945 mit lebenslänglicher Dienstzeitversorgung entlassen wurden (§ 55 Abs. 1 G 131)	163
Nr. 15	Beschluß vom 15. April 1970 (2 BvR 396/69). Verfassungsmäßigkeit der Strafvorschriften über verräterische Beziehungen (§ 100 e Abs. 1 StGB a. F. i. V. m. §§ 2 Abs. 2 Satz 2, 99 StGB)	175
Nr. 16	Beschluß vom 28. April 1970 (1 BvR 690/65). Verfassungsmäßigkeit des Straftatbestandes der Verletzung der Amtsverschwiegenheit (§ 353 b StGB); Verpflichtung eines Beamten oder Angestellten des öffentlichen Dienstes, bei Annahme eines verfassungswidrigen Handelns seiner Behörde vor Unterrichtung der Öffentlichkeit zunächst die in der institutionellen Ordnung des demokratischen Staates liegenden Abhilfemöglichkeiten auszuschöpfen	191
Nr. 17	Beschluß vom 28. April 1970 (1 BvL 4/68). Kinderfreibetrag beim Wohngeld; Nichtberücksichtigung der nicht dem Haushalt zuzurechnenden Kinder	206
Nr. 18	Beschluß vom 28. April 1970 gemäß § 24 BVerfGG (2 BvR 313/68). Anfechtung von Entscheidungen und Maßnahmen, die sich unmittelbar auf das <i>Wahlverfahren</i> beziehen, nur mit den in den Wahlvorschriften vorgesehenen Rechtsbehelfen und im Wahlprüfungsverfahren; Verwerfung einer Verfassungsbeschwerde (Baden-Württembergisches Landtagswahlgesetz)	214
Nr. 19	Beschluß vom 6. Mai 1970 gemäß § 24 BVerfGG (2 BvR 158/70). Abstimmungsberechtigung bei einem Volksentscheid nach Art. 29 Abs. 3 GG (Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt; Volksentscheid im Gebietsteil Baden-Württemberg)	220

INHALT

Nr. 1	Beschluß (Teilentscheidung) vom 28. Januar 1970 (1 BvR 719/68). Zur Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde gegen ein die Revision verwerfendes Urteil des Bundesgerichtshofs; Verfassungsbeschwerde gegen Zwangsvollstreckungsentscheidungen; Revision bei Verbindung von vermögens- und nichtvermögensrechtlichen Klagansprüchen; Vollstreckung von Widerrufsurteilen (Verurteilung zur eigenhändigen Unterschrift eines Widerrufs)	1
Nr. 2	Beschluß vom 28. Januar 1970 (2 BvR 319/62). Rechtsweggarantie; Prüfung der Kostenfestsetzung im Strafverfahren . .	10
Nr. 3	Beschluß vom 17. Februar 1970 gemäß § 24 BVerfGG (2 BvR 608/69). Anforderungen an die Rüge eines Verstoßes gegen Art. 103 Abs. 1 GG	17
Nr. 4	Beschluß vom 18. Februar 1970 (1 BvR 226/69). Verpflichtung des Rechtsanwalts, vor Gericht in Amtstracht aufzutreten . . .	21
Nr. 5	Beschluß vom 18. Februar 1970 (2 BvR 531/68). Dienstpflichtverletzung durch Offiziere und Unteroffiziere, die bei politischen Diskussionen innerhalb des Dienstes die freiheitlich-demokratische Ordnung in Frage stellen; Zitiergebot; Mißbrauch der Grundrechte zum Kampf gegen die freiheitlich-demokratische Ordnung	36
Nr. 6	Beschluß vom 18. Februar 1970 gemäß § 24 BVerfGG (2 BvR 481/68). Versuch eines Soldaten, seine Kameraden gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung aufzuhetzen (Flugblattverteilung vor einer Kaserne)	51
Nr. 7	Beschluß vom 18. Februar 1970 (2 BvR 746/68). Verletzung der einem militärischen Vorgesetzten geschuldeten Achtung; Stellungnahme in einem Leserbrief zu der öffentlich verbreiteten Meinung eines Vorgesetzten; Zitiergebot	55
Nr. 8	Beschluß vom 24. Februar 1970 (2 BvL 12/69, 2 BvR 665/65, 26/66 und 467/68). Ausschluß der Zustimmung des Bundesrats zu Rechtsverordnungen über die Benutzung der Einrichtungen des Post- und Fernmeldewesens nur durch Bundesgesetz mit Zustimmung des Bundesrats (Erhöhung der Fernspreckgebühren)	66
Nr. 9	Beschluß vom 10. März 1970 (2 BvR 721/67). Beginn der Frist zur Einlegung einer Verfassungsbeschwerde bei Nichtbeteiligung des unmittelbar Betroffenen an dem vorausgegangenen gerichtlichen Verfahren	88

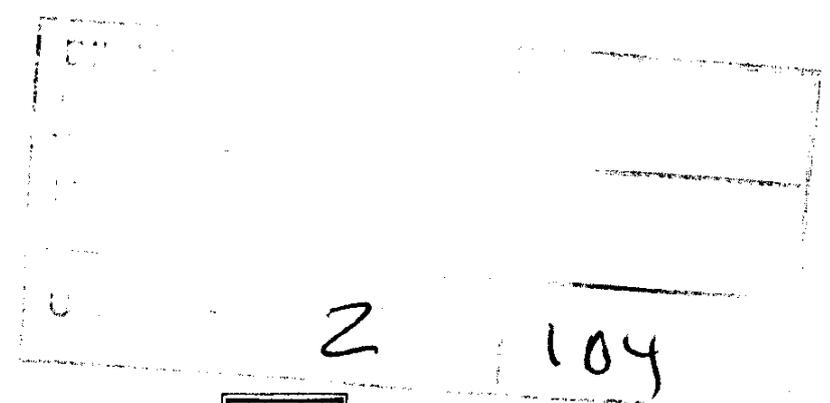
III
20

ENTSCHEIDUNGEN
DES
BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS

Herausgegeben
von den
Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts



28. Band · Lieferung 1/2



1970

J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK) TÜBINGEN